

Pressemitteilung: Neukonstituierung der European Constitutional Group; Gastrede von Graf Lambsdorff

Europa stehe vor einem Wendepunkt, so erklärte der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung Otto Graf Lambsdorff anlässlich der Wiedergründung der „European Constitutional Group“ in Berlin. Mit der Einberufung des Europäischen Konvents unter der Leitung des früheren französischen Präsidenten Giscard d'Estaing habe die Europäische Union jetzt immerhin erkannt, dass ihre Institutionen und Regeln gründlich überarbeitet und der Realität angepasst werden müssten. „Wir brauchen ein Europa, das sich zu klaren und einfachen Spielregeln bekennt. Die Freiheit der Bürger und das Prinzip des Wettbewerbs müssen wieder in den Mittelpunkt gerückt werden“, meinte Lambsdorff. Heute sei bei der EU eindeutig ein Ziel an Zentralisierung, Regulierung und Protektionismus am Werke. „Was wir brauchen, sind Institutionen, die die kulturelle und soziale Vielfalt Europas präsentieren und möglichst bürgernah sind.“ Es genüge nicht, so Lambsdorff, ständig eine Stärkung des Europaparlaments als Allheilmittel zu empfehlen. Dieses brauche sicher eine Stärkung, aber Vorschläge, die etwa auf ein eigenes Steuerrecht des Parlaments hinausliefen, seien kontraproduktiv. „Ein Europaparlament, das Steuern erheben kann, ist ein Turbomotor für Zentralisierung und Bürgerferne.“

Es komme nun auf klare Verfassungsregeln an, die transparent sind und die Demokratie in Europa subsidiärer machen. Statt das Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat ständig auszuhöhlen, solle man es demokratisieren. „Warum soll man nicht das Vetorecht den nationalen Parlamenten übertragen, anstatt es den Regierungen zu überlassen?“, fragte Lambsdorff in diesem Zusammenhang. Auch müssten die Kompetenzen klar auf die verschiedenen Ebenen verteilt und von einander getrennt werden. „Es muss dem Bürger klarer als bisher vermittelbar sein, weshalb eine Aufgabe auf EU-Ebene erledigt wird oder nicht.“

Lambsdorff eröffnete mit seiner Ansprache die Neukonstituierung der „European Constitutional Group“. Dabei handelt es sich um eine Gruppe renommierter liberaler Ökonomen und Juristen aus ganz Europa, die die Arbeit des Europäischen Konvents kritisch begleiten wollen. Schon 1993 hatte die Gruppe einen Entwurf für eine Europäische Verfassung veröffentlicht.

Eine kritische Begleitung der Diskussionen des Konvents durch unabhängige Experten, wie sie die „European Constitutional Group“ plane, sei notwendig, so resümierte Lambsdorff. Der Konvent sei in der Hauptsache von Personen aus den bestehenden EU-Institutionen besetzt, die wenig dazu geneigt sein dürften, ernsthaft Dezentralisierung und Wettbewerbsföderalismus zu betreiben. „Jeder Ratschlag von außen ist daher willkommen“, meinte Lambsdorff mit Blick auf die Arbeit der „European Constitutional Group“.

Mitglieder der European Constitutional Group

Mr Mattias Bengtsson Timbro – The Think Tank of Swedish Enterprise, Stockholm	Professor Dr. Angelo M. Petroni Centro di Ricerca e Documentazione “Luigi Einaudi”, Torino
Professor Dr. Peter Bernholz Universität Basel	Professor Dr. Joachim Rückert Universität Frankfurt am Main
Professor Francisco Cabrillo Universidad Complutense, Madrid	Professor Pascal Salin Université Paris 9 Dauphine
Professor Enrico Colombatto Universita di Torino	Professor Dr. Friedrich Schneider Johannes Kepler University Linz
Dr. Gert Dahlmanns Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Berlin	Dr. Jiri Schwarz Liberales Institut Prague
Dr. Detmar Doering Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam	Mr Peter Stein Stein Brothers AB, Stockholm
Professor Jacques Garello University of Aix-en-Provence	Professor Dr. Roland Vaubel Universität Mannheim
Dr. habil. Lüder Gerken Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Berlin	Mr Frank Vibert European Policy Forum, London
Professor Dr. Dr. Christian Kirchner, LL.M. Humboldt Universität zu Berlin	Professor Dr. Jan Winiecki Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

European Constitutional Group
c/o Frankfurter Institut –
Stiftung Marktwirtschaft und Politik
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: ++49 / (0)30 / 20 60 57-0
Fax: ++49 / (0)30 / 20 60 57-57
email: institut@frankfurter-institut.de